

Finanzbericht 1997-99 der Schatzmeisterin



Parteitag Berlin, Dezember 1999

1. Finanzentwicklung beim Parteivorstand
2. Einnahmenentwicklung
 - 2.1
 - 2.2
 - 2.3
3. Mittelbewirtschaftung
 - 3.1
 - 3.2
4. Finanzen der Gesamtpartei und der Vergleich mit den anderen Parteien
5. Immobilienverwaltung
6. Unternehmensbereich
7. Willy-Brandt-Haus / Umzug

1. Die Finanzentwicklung beim Parteivorstand

Die Finanzentwicklung beim Parteivorstand ist gekennzeichnet durch die immensen Anstrengungen für den Bundestagswahlkampf 1998 und durch die Einführung eines neuen EDV-Systems seit 1997. Für den Wahlkampf 1998 sind mehr Mittel ausgegeben worden als je zuvor. Die Einführung eines neuen EDV-Systems, das für die Gliederungen und den Parteivorstand neue Kommunikations- und Arbeitsmöglichkeiten schaffen sollte, war dringend erforderlich. Das alte Wang-System hätte längst vorher abgelöst werden müssen. Leider erwies sich das für unsere Zwecke abgewandelte System von SAP als nicht brauchbar. Insbesondere durch die falsche Aufsetzung durch SAP und die Dienstleistungsfirma RCT ergaben sich unkorrigierbare Fehler, so dass wir uns schließlich für ein anderes System entschieden haben, ein von Oracle entwickeltes System, das auch von der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten genutzt wird.

Die Einführung der neuen EDV-Software und eines neuen Leitungssystems hat den Haushalt des Parteivorstandes bis an die Grenze seiner finanziellen Möglichkeiten belastet. Hinzu kommen die Kosten für den Umzug von Bonn nach Berlin in Höhe von ca. 12,5 Mio. DM. Hierfür hat es entgegen den Empfehlungen der unabhängigen Parteien-Kommission die möglichen Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt nicht gegeben. Dass trotz Bundestagswahlkampf und EDV-Einführung keine direkten Schulden gemacht werden mussten, ist auf die sehr solide und kostensparende Haushaltsführung der vergangenen Jahre zurückzuführen.

Wegen der ausbleibenden Anhebung der absoluten Obergrenze für die staatliche Teilfinanzierung von 1994 bis 1998 musste unsere mittelfristige Finanzplanung von 1995 bis 2000 nach unten korrigiert werden. Die mittelfristige Finanzplanung konnte nur durch erhebliche Kürzungen und Personalabbau eingehalten und so die Mittel für den Wahlkampf 1998 gesichert werden.

Die Ansätze für die Strukturhilfe Ost wurden trotz der niedrigeren Beitragsanteile beibehalten und so die Stabilisierung der Organisation in den neuen Ländern gesichert.

Wir haben das Bundestagswahljahr 1998 schuldenfrei beendet, doch entwickelt sich ein strukturelles Defizit, da wir die notwendigen Ansparraten für die Bundestagswahl 2002 nicht erwirtschaften können. Unsere finanziellen Ausgaben werden gegenwärtig unter Rückgriff auf die Wahlkampfreserve getätigt. Dieser bedenklichen Entwicklung können wir nur mit einer strikten Sparpolitik und aktiven Bemühungen um stetige Einnahmen begegnen, wozu auch die regelmäßige Erhöhung der staatlichen Teilfinanzierung gehören muss.

2. Einnahmenentwicklung

2.1. Die Einnahmen aus Beiträgen

Die finanzielle Unterstützung durch unsere Mitglieder war auch in den Jahren 1997 und 1998 die wichtigste Einnahmequelle, die mit 157,8 Mio. DM im Jahre 1998 rund 52 Prozent der gesamten Einnahmen der Partei ausmachte. Die Entwicklung der letzten Jahre bereitet uns jedoch Sorgen. Die Beitragseinnahmen lagen schon 1995 mit 156,4 Mio. DM auf fast dieser Höhe und bestritten sogar 55 Prozent der gesamten Einnahmen. (Bei diesen Einnahmen muss beachtet werden, dass die genannten Summen aus Mitgliedsbeiträgen und regelmäßigen sonstigen Beiträgen u.a. der Abgeordneten gebildet sind.) Während die anderen Einnahmen gestiegen sind, stagnieren die Beiträge aber seither.

Der Hauptgrund liegt zweifellos in der rückläufigen Mitgliederzahl. 1989 zählten wir in Westdeutschland noch 921.430 Mitglieder, Ende 1998 waren es im vereinten Deutschland noch 775.036. Seit 1996 verlangsamt sich zwar der Mitgliederrückgang, es ist aber immer noch ein Rückgang: 1995 ging die Mitgliederzahl um 31.724 zurück, 1996 um 23.853, 1997 um 15.898 und 1998 um 2.863.

Dass wir bei den Beitragseinnahmen keine größeren Einbrüche erlebt haben, ist dem ständigen und erfolgreichen Bemühen unserer Kassiererinnen und Kassierer um höhere Beitragsleistungen unserer Mitglieder zu verdanken, und der guten Zahlungsmoral der Mitglieder. Mehr als 98% zahlen ihren Beitrag regelmäßig. Der Durchschnittsbeitrag beträgt monatlich 12,40 DM. Dennoch blieben die Beitragseinnahmen 1996 um 3,4 Mio. DM hinter denen von 1995 zurück. Erst durch die auf den Parteitagen von Wiesbaden und Mannheim für 1997 beschlossene Erhöhung bzw. die in der Satzung vorgesehene Regelanpassung lagen die Beiträge 1997 um 1,5 Mio. DM höher als 1995 bzw. 4,9 Mio. DM höher als 1996, waren aber 1998 wieder etwas niedriger.

Da auf dem Parteitag in Hannover die Mehrheit für eine prozentuale moderate Beitragsanhebung ab 1999 knapp verfehlt wurde, sind für dieses Jahr wieder Einnahmeausfälle zu erwarten.

Das ist um so bedauerlicher, als die Summe der gezahlten Beiträge auch maßgebend für die Höhe der staatlichen Mittel ist. Wir haben dadurch nicht nur die geringeren Beitragseinnahmen zu verschmerzen, sondern im Folgejahr auch noch entsprechend geringere Einnahmen aus staatlichen Mitteln.

2.2. Die Einnahmen aus Spenden

Die Spendeneinnahmen des Parteivorstandes konnten 1997 und 1998 gegenüber den Vorjahren noch einmal deutlich gesteigert werden, dabei muss bedacht werden, dass der größte Teil der Spenden an die Ortsvereine und Unterbezirke fließt.

Im Hinblick auf die Bundestagswahl 1998 wurde im Jahr 1997 eine Reihe von Instrumenten der Spendenwerbung eingesetzt, die vor allem der Vorbereitung auf die in der Anzahl und im Umfang anspruchsvolleren Aktivitäten des Wahljahres dienen sollte.

Die bereits in den Vorjahren getesteten Instrumente der Spendenwerbung sollten dabei verbessert werden. Dies galt besonders für den Bereich der Wirtschaftsspenden, da es hier durch die seit 1994 wirksame Neuordnung der Parteienfinanzierung bei allen Parteien zu einer rückläufigen Entwicklung gekommen war. Spenden von juristischen Personen können seitdem nicht mehr als Parteispenden steuerlich geltend gemacht werden.

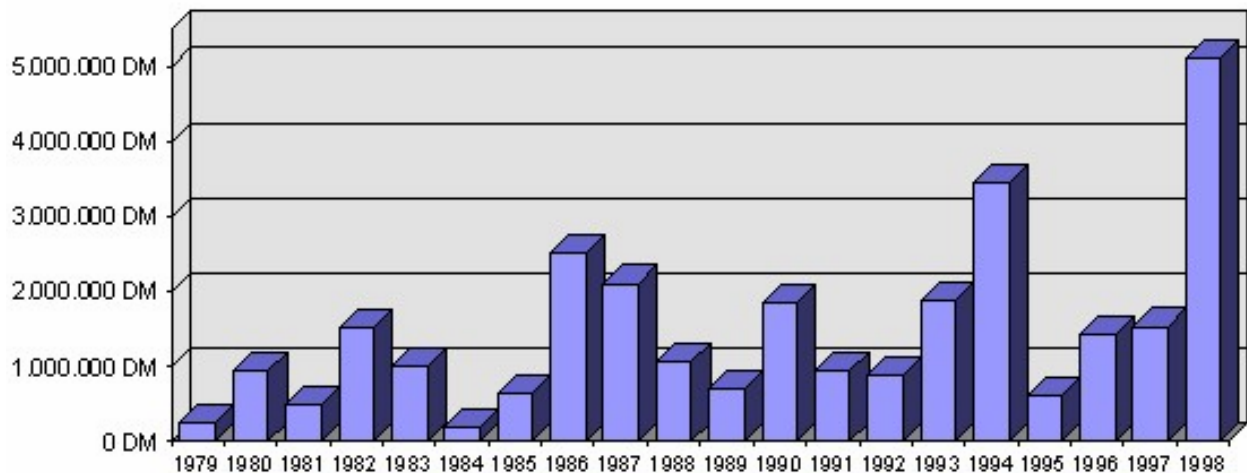
Dieser Trend konnte u.a. durch eine gezielte Wirtschafts-Mailing-Aktion umgekehrt werden: Aus der Wirtschaft erhielt der Parteivorstand 1997 insgesamt 461.800 DM, im Vergleich zu 269.000 DM im Jahr 1996.

Durch diese Mehreinnahmen konnte der leichte Rückgang bei den Spenden natürlicher Personen ausgeglichen werden, die 1.067.814 DM betragen (1996: 1.140.000 DM). Insgesamt konnte der Parteivorstand 1997 damit Spendeneinnahmen von 1.529.614 DM erzielen (1996: 1.411.524 DM).

Die Erfahrungen der vorhergehenden Jahre - seit 1993 wurde der Bereich der Spendenwerbung im Parteivorstand aufgebaut - sollten sich als wirksame Vorbereitung für das Wahljahr 1998 erweisen. Mit mehreren großen Mailing-Aktionen, einer gezielten Telefonaktion im Bereich der Mitgliedschaft und einem differenzierten Vorgehen zur Einwerbung von Wirtschaftsspenden konnte der Parteivorstand das beste Spendenergebnis in der Geschichte der SPD erzielen.

Die Einnahmen betragen insgesamt etwa 5.094.000 DM, wovon 3.101.000 DM von Privatspendern - und hier vor allem von Genossinnen und Genossen - geleistet wurden. Etwa 1.992.000 DM konnten an Wirtschaftsspenden eingeworben werden. Das liegt allerdings deutlich unter den Wirtschaftsspenden, die CDU/CSU und FDP bekommen haben.

Spendeneinnahmen Parteivorstand 1979 - 1998



Selbstverständlich ist die Bereitschaft zur Spende sowohl in der Wirtschaft, insbesondere aber bei den Mitgliedern der Partei in Wahljahren größer als zu anderen Zeiten. Daher kann ein Vergleich für die Arbeit des Jahres 1998 nur zu vorhergehenden Wahljahren angestellt werden. So wurde das für die Spendenwerbung bereits sehr erfolgreiche Jahr 1994, in dem der Parteivorstand etwa 3.500.000 DM an Spenden einnehmen konnte, durch die Ergebnisse des Jahres 1998 noch einmal deutlich übertroffen.

Neben der direkten Spendenarbeit hat das Spendenreferat im Parteivorstand auch in den vergangenen zwei Jahren zahlreiche Gliederungen der SPD bei Fragen zur Spendenwerbung beraten und unterstützt. Diese Service-Leistung soll auch weiterhin abrufbar sein.

Auf diese Weise auch in den Gliederungen zum Aufbau einer eigenen systematischen Spendenwerbung beizutragen, bleibt eine Aufgabe des Spendenreferats. Die Vorbereitung auf den Bundestagswahlkampf 2002 wird einen Schwerpunkt der Arbeit der nächsten Jahre bilden.

Langfristig sollen die Spendeneinnahmen neben den Mitgliedsbeiträgen und den Mitteln aus der staatlichen Teilfinanzierung als dritte Säule der Einnahmen der Partei auf hohem Niveau stabilisiert werden.

2.3. Die staatliche Teilfinanzierung

Die staatliche Parteienfinanzierung basiert auf der Zahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden, und auf der Summe der erzielten Mitgliedsbeiträge und Kleinspenden (nur von natürlichen Personen und bis zu höchstens 6.000,00 DM je Person). Die Wählerstimmen und die Beiträge und Spenden, die die Bürgerinnen und Bürger einer Partei zu geben bereit sind, gelten als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung. Je stärker eine Partei verwurzelt ist, desto höher ist ihr Anteil an den staatlichen Mitteln.

Der Gesamtbetrag dieser staatlichen Mittel für alle Parteien war von 1991 bis 1997 auf 230 Mio. DM eingefroren und wurde erst ab 1998 auf 245 Mio. DM angehoben. Diese sehr moderate Anhebung nach sieben Jahren Stillstand lag erheblich unter den Preissteigerungen. Sie hat bei den betroffenen Parteien die bis dahin aufgelaufenen und zum Teil gravierenden finanziellen Probleme nicht zu beseitigen vermocht.

Genauso wie die Beitragsaufkommen zwischen den Gliederungsebenen aufgeteilt werden, wird es auch die staatliche Teilfinanzierung. Bei den Beiträgen gehen 15 % an den Parteivorstand, 85 % an die Bezirke, die einen Teil an Unterbezirke und Ortsvereine

weitergeben. Die staatliche Teilfinanzierung wird im Verhältnis 67 : 33 zwischen Parteivorstand und Landesverbänden aufgeteilt.

Jahresdurchschnittsbeträge in Tsd. DM					
Landesverbände	1991-1993	1994-1996	1997-1999	Veränderung gegenüber 1991-1993	
von den Landtagen	26.016	15.058	14.330		
aus Finanzausgleich	0	14.223	16.352	in TDM	in %
LV-Gesamt	26.016	29.281	30.682	+ 4.666	17,9
Parteivorstand	60.622	61.287	62.201	+ 1.579	2,6
SPD-Gesamt	86.638	90.568	92.883	+ 6.245	7,2

Während nach der alten Parteienfinanzierung die staatlichen Mittel für die SPD mit 30,0 Prozent an die Landesverbände und mit 70,0 Prozent an den Parteivorstand gingen, sind es inzwischen 33,0 Prozent für die Landesverbände und 67,0 Prozent für den Parteivorstand. Der Zuwachs an staatlichen Mitteln ist über den parteiinternen Finanzausgleich ganz überwiegend an die Landesverbände gegeben worden.

4. Finanzen der Gesamtpartei und der Vergleich mit den anderen Parteien

Die Struktur der SPD im Vergleich zu den anderen Parteien wird am besten im statistischen Vergleich für die Einnahmen- und Ausgabenstrukturen der Jahre 1996 und 1997 deutlich. Diese Statistiken finden sich in der Anlage am Schluss des Finanzberichts.

Für alle Parteien gleichermaßen ist die kommunale Ebene am besten finanziert, sie weist solide Vermögen aus. Dabei stützen sich die kommunalen Parteiorganisationen, bei uns Ortsvereine und Unterbezirke, vor allem auf Spenden- und Beitragseinnahmen. Insbesondere die Ortsvereine verzeichnen regelmäßig Vermögenszuwächse. Natürlich ergeben sich von Unterbezirk zu Unterbezirk, von Ortsverein zu Ortsverein erhebliche Unterschiede. Die Aussagen gelten nur für den Durchschnitt.

Keine andere Partei hat einen so hohen Beitragsanteil an den Einnahmen wie die SPD.

Während 1997 die SPD 56,2 % ihrer Einnahmen aus Beiträgen deckt, sind es bei der FDP nur 25,6 %.

Bei den gegenwärtig so heftig diskutierten Spenden sieht es anders aus. Die FDP deckt 1997 34,3 % ihrer Einnahmen aus Spenden, die SPD 8,2 %, die CDU nimmt mit 15,5 % Spendeneinnahmen einen mittleren Platz ein.

Der Anteil der staatlichen Mittel an den jeweiligen Einnahmen der Parteien ist ziemlich ähnlich zwischen 31,6 % (FDP) und 34,7 % (CSU). Das deutet darauf hin, dass die vom Bundesverfassungsgericht vorgegebene und seit 1994 umgesetzte allgemeine Parteienfinanzierung die sich nach Wählerstimmen, Beitrags- und Spendeneinnahmen bemisst, die Chancen der Parteien vernünftig ausgleicht.

5. Immobilienverwaltung

Die Konzentration GmbH verwaltet und entwickelt wenige eigene und zahlreiche treuhänderisch für die Partei gehaltene Grundstücke in der gesamten Bundesrepublik. Es sind Büro-, Gewerbe- und Wohnhäuser, vielfach in Mischnutzung.

Die von Christoph Lehmann geführte Gesellschaft hat ihren Geschäftssitz am 1. Oktober 1998 von Bonn nach Berlin verlegt, nachdem sie vorher schon eine Arbeitseinheit im Willy-Brandt-Haus eingerichtet hatte. Sie hat sich konsequent als Verwaltungs- und Entwicklungsgesellschaft des sozialdemokratischen Immobilienbesitzes entwickelt.

Ein erstes Augenmerk wurde dabei auf die Stärkung der Immobilienverwaltung gelegt. Seit 1998 wird ein modernes und leistungsstarkes, vor allem aber bilanzfähiges Immobilienverwaltungsprogramm genutzt. So wird jetzt jede Immobilie in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zeitnah kontrolliert und gesteuert. Die Stammdaten der

Immobilien werden in einer Datenbank verwaltet und ständig aktualisiert. Das Programm unterstützt das Vertrags-, Mieter-, Flächen- und Instandhaltungsmanagement. Es gibt regelmäßig Auskunft über Stand und Entwicklung der Soll- und Istmieten, der Betriebskosten und der Instandhaltungsaufwendungen im Vergleich zu den Jahresplänen, die für jede Immobilie aufgestellt werden.

Das zweite Standbein der Konzentration ist die Immobilienentwicklung. Das 1995 begonnene Sanierungs-, Instandsetzungs- und Modernisierungsprogramm wurde fortgesetzt.

Weil sich insbesondere die rückübertragenen Immobilien in den neuen Bundesländern meist in einem desolaten Zustand befinden, hat die Konzentration zunächst die Entwicklung, Sanierung und Neuvermietung dieses Immobilienbesitzes eingeleitet und gesteuert. Zunehmend werden die Erfahrungen der Konzentration auch für Immobilien in den alten Bundesländern in Anspruch genommen, die einer grundlegenden Sanierung und Modernisierung bedürfen. Die Leistungen der Konzentration reichen von der Erarbeitung eines maßgeschneiderten Nutzungs- und Raumprogramms über die Organisation des Planungsprozesses bis zur Durchführung der Sanierung von der Baugenehmigung bis zur Kosten-, Termin- und Qualitätskontrolle und der Vermarktung.

Die Konzentration arbeitet mit anerkannten Architekten, Fachingenieuren und Innenarchitekten aus der gesamten Bundesrepublik zusammen. Arbeits- und Dokumentationsrichtlinien steuern die Zusammenarbeit der angeschlossenen freien Planungsbüros. Die Konzentration kann durch ihr Kontrollsystem die Kostenentwicklung in jeder Phase des Projekts detailliert analysieren.

Nur so war es der Konzentration möglich, bei den umfangreichen Sanierungen in der Vergangenheit die Baukosten auf 1.400,00 bis 1.900,00 DM/m² Bruttogeschossfläche bzw. 1.700,00 bis 2.400,00 DM/m² Mietfläche zu reduzieren. Die geplanten Baukosten werden praktisch immer exakt eingehalten.

Zur Projektentwicklung gehört ein funktionales und kommunikatives Raumkonzept. Eigens dafür entwickelte die Konzentration GmbH ein Möbelprogramm zusammen mit den Deutschen Werkstätten Hellerau und der Firma Wilkhahn. Die Nutzungskonzepte knüpfen an die geistigen Traditionen der Parteihäuser vor 1933 an. Als Druck- und Verlagshäuser sozialdemokratischer Zeitungen waren es auch Orte der Meinungsbildung und geistiger Auseinandersetzung mit den Themen der Zeit. Heute entsteht ergänzend in einigen Häusern neuer Wohnraum.

Mittlerweile sind an 12 Orten der Bundesrepublik solche Projektentwicklungen durchgeführt. Die erste Sanierung schloss die Konzentration GmbH mit der Einweihung des Ernst-Reuter-Hauses in Magdeburg am 4. September 1996 ab. Im gleichen Jahr wurde das Richard-Lipinski-Haus in Leipzig seiner Nutzung übergeben. 1997 folgten die Sanierungen des Albert-Schulz-Hauses in Rostock, der SPD-Regionalgeschäftsstelle in Saalfeld, der drei Gebäude der Sonnenberg-Terrassen in Chemnitz und des Rosa-Helfers-Hauses in Hameln. 1998 schloss die Konzentration GmbH die Sanierung des Hauses in Meißen ab. 1999 wurden die Vollsanierungen des Willy-Brandt-Hauses in Schwerin, des Victor-Adler-Heims in Springe, des Bürohauses für den SPD-Unternehmensbereich in der Stresemannstraße 30 in Berlin, des Bürohauses in Halle, Kleine Märkerstraße, und der Regionalgeschäftsstelle Heilbronn abgeschlossen. Zu den Vollsanierungen kommen noch vier Teilsanierungen in Ost- und Westdeutschland hinzu. In den nächsten Monaten werden jetzt schon begonnene Bauvorhaben in Blankenburg, der 2. Bauabschnitt in Stralsund, Strausberg und Troisdorf bei Bonn abgeschlossen werden. Sanierungen der Häuser in Halle (Große Märkerstraße 6/7), Köthen und in Wuppertal werden geplant.

Die Konzentration GmbH beachtet bei Ihren Sanierungen strikt die Vorgaben des Denkmalschutzes. Es wird nicht nur die historisch erhaltenswerte Bausubstanz, insbesondere die Häuserfassaden und Treppenhäuser, der meist um die Jahrhundertwende entstandenen Häuser restauriert. In einigen Objekten erhalten Flächen auch wieder ihre ursprüngliche Farbgebung.

Die Sanierung erfolgt unter ökologischen Gesichtspunkten. Das Albert-Schulz-Haus in Rostock ist mit einer Photovoltaikanlage und Solarmodulen und das Haus in Meißen mit einer Photovoltaikanlage zur Gewinnung von Strom aus Sonnenlicht ausgestattet worden. Obwohl diese Technologie unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten heute noch nicht

konkurrenzfähig ist, hat sich die Konzentration GmbH für diese Investition als Beitrag zum Umweltschutz entschieden.

Die Konzentration GmbH vergibt bei ihren Bauvorhaben mindestens 80% des Bauvolumens an klein- und mittelständische Unternehmen der Region.

Trotz des nach wie vor schwierigen Vermietungsmarktes in Ostdeutschland sind 90,5 % aller Büro- und Wohnflächen vermietet.

Die Restitution enteigneten Vermögens

Die Konzentration verfolgt die Rückübertragungsansprüche, die die SPD bis 1992 in den neuen Bundesländern gestellt hat.

Mit der Vereinigung ist es der SPD möglich geworden, ihre Immobilien zurückzufordern, die die Nationalsozialisten 1933 enteignet hatten und die nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD 1946 in das Eigentum der SED oder der DDR gelangten. Nachdem anfänglich die Anspruchsberechtigung der SPD bestritten wurde, sind die Verfahren inzwischen zum großen Teil abgeschlossen oder in der letzten Entscheidungsfindung.

Bis zum heutigen Tag sind insgesamt 54 Rückübertragungsverfahren durch Naturalrestitution oder Kaufpreisauskehr zugunsten der SPD abgeschlossen worden. In 13 weiteren Fällen ist der Partei eine Entschädigungszahlung zugebilligt, jedoch durch die Oberfinanzdirektion Berlin noch nicht über deren Höhe entschieden worden.

Die Entschädigungszahlungen und Kaufpreiserlöse fließen in den 1993 auf Vorschlag der Schatzmeisterin gebildeten Immobilienfonds Ost. Mit den Mitteln des Fonds werden ausgewählte Objekte in den neuen Bundesländern instandgesetzt, saniert und modernisiert. Über die Verwendung jeder einzelnen Immobilie wird in enger Abstimmung mit dem Beirat des Fonds entschieden. Ihm gehören je ein Vertreter der SPD-Landesverbände Brandenburgs, Mecklenburg-Vorpommerns, Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens an. Als mittelfristiges Ziel hat der Beirat den Ausbau von parteieigenen Immobilien für die Geschäftsstellen der SPD in den Landeshauptstädten beschlossen. In den Orten, in denen keine Rückübertragung zu erwarten ist, wird der Kauf einer geeigneten Immobilie angestrebt. Damit soll insbesondere der Aufbau der neuen Landesverbände unterstützt werden.

Ein Teil der geltend gemachten Ansprüche auf Restitution von Volkshäusern, auf die auch die Gewerkschaften einen Eigentumsanspruch nachweisen können, wurde in eine gemeinsame Gesellschaft eingebracht. Die 1994 mit den Gewerkschaften gegründete Gewerkschaftliche Immobiliengesellschaft für Restitutionsobjekte mbH (GIRO) ist beauftragt, die Ansprüche durchzusetzen. Anschließend erfolgt eine interne Aufteilung entsprechend den jeweiligen Eigentumsanteilen.

6. Unternehmensbereich

Die im Jahre 1994 eingeleitete Neuorganisation des Unternehmensbereichs, die Ende 1996 abgeschlossen werden konnte, trägt Früchte:

An der Spitze steht jetzt die Konzernholding "Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH" (DDVG) mit Sitz in Hamburg.

Die Zusammenfassung in einer Holdinggesellschaft erhöhte die Transparenz des Unternehmensbereichs und führte zu einer spürbaren Straffung in der Unternehmensführung und damit einhergehend zu einer deutlichen Entlastung der Verwaltungskosten.

Die Geschäftsführung liegt seit Januar 1994 bei Jens Berendsen. Ihm steht seit 1997 Wolfgang Pennigsdorf als Generalbevollmächtigter zur Seite. Die Schatzmeisterin wird bei ihrer Wahrnehmung der Generaltreuhandschaft für die Partei unterstützt durch einen Treuhand-Aufsichtsrat unter Vorsitz von Staatsrat a.D. Dr. Hans Fahning.

Die wirtschaftliche Tätigkeit der DDVG umfasst insgesamt sechs Geschäftsfelder:

- Regionale Pressebeteiligungen
- Druckereien
- Verlagswesen
- Handel
- Tourismus
- Service

Beteiligungen an regionalen Presseverlagen

Die Beteiligungen der DDVG an regionalen Presseverlagen stellen wirtschaftlich das Herzstück des Unternehmensbereichs dar. Sie haben sich im Berichtszeitraum weiterhin positiv entwickelt, insbesondere die in den vergangenen Jahren getätigten Investitionen in den Neuen Bundesländern haben sich als erfolgreich erwiesen und werden zukünftig zum wirtschaftlichen Gesamtergebnis der DDVG beitragen. In den alten Bundesländern gelang es, die Marktstellung der etablierten Pressebeteiligungen trotz zunehmenden Wettbewerbsdrucks erfolgreich zu behaupten. Neben den seit Jahren ertragreichen Beteiligungen ist insbesondere die an der "Neuen Westfälischen", Bielefeld, deren unbefriedigende Ertragslage noch im Finanzbericht zum letzten Parteitag Gegenstand der Berichterstattung war, nunmehr auf einem erfolgreichen Konsolidierungskurs:

- große Anstrengungen in der Reorganisation der Arbeitsabläufe führen bereits jetzt zu deutlichen Ergebnisverbesserungen;
- weitere Maßnahmen (redaktionelle Überarbeitung, neuer Auftritt) werden diesen positiven Trend stützen. Der Marktanteil der "Neuen Westfälischen" im Verbreitungsgebiet Ostwestfalen-Lippe konnte ausgebaut werden.

Beteiligungen an Druckereien

Generell ist der Markt für Akzidenzen durch eine hohe Zahl an Insolvenzen und erheblichen Wettbewerbsdruck gekennzeichnet. Zur Stärkung der Akzidenzdruckereien wurden die Firmen in Karlsruhe und Heilbronn an einem Standort zusammengefasst. Sämtliche Druckereien der DDVG arbeiten in der Gewinnzone, wobei insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung der Druckerei in Lübeck (Wullenwever) erfreulich war.

Beteiligungen im Verlagswesen

Die "Berliner Vorwärts-Verlagsgesellschaft mbH", erwirtschaftete 1998 erstmals seit Jahren wieder einen Gewinn. Dazu trugen sowohl kostensenkende Maßnahmen wie gestiegene Anzeigenumsätze bei. Auch das Anzeigengeschäft der Demokratischen Gemeinde "DEMO" wächst seit zwei Jahren. Die Beteiligungen im Geschäftsfeld Verlagswesen wurden im Frühjahr 1999 mit dem Erwerb der "Szene Hamburg" erweitert.

Beteiligungen im Bereich Handel

Im Mai 1998 wurde die "Image - Identmarketing Gesellschaft mbH" neu gegründet. Sie bietet insbesondere den Gliederungen und den Mitgliedern der Partei Serviceleistungen im Wahlkampf an in Form von Kampagnenprodukten. Bereits in der Kampagne zur Bundestagswahl 1998 haben die von Image in Zusammenarbeit mit der Werbeagentur der Partei konzipierten und hergestellten Werbemittel eine wichtige Rolle gespielt.

Die "Antiquariatsgesellschaft im Willy-Brandt-Haus mbH" hat sich im Marktsegment der Sozialistika einen guten nationalen und internationalen Ruf erarbeitet. Die Entwicklung des Versandhandels verläuft positiv. Zur Stützung dieses Segments wird die Antiquariatsgesellschaft in Zukunft ein attraktives Internet-Angebot vorhalten.

Beteiligungen im Bereich Tourismus

Beteiligungen der DDVG in diesem Bereich bestehen aus den Firmen "SPD-Reiseservice GmbH" und "Reisebüro im Willy-Brandt-Haus GmbH":

Die Renditeentwicklung in diesem Bereich ist allerdings unbefriedigend, wobei branchenspezifisch sinkende Margen eine weitere Straffung der Arbeitsabläufe und rigide kostensenkende Maßnahmen erfordern.

Die Serviceangebote des "SPD-Reiseservice" erfreuen sich weiterhin regen Zuspruchs vieler Parteimitglieder.

Beteiligungen im Bereich Service

Die Office Consult GmbH, Berlin, bietet künftig, neben den bereits etablierten wirtschaftsberatenden - und Buchhaltungsdiensten, zusätzlich EDV-Dienstleistungen an. Ferner hat die Office-Consult GmbH mit Wirkung zum 01. Oktober 1999 die Buchhaltung für den Parteivorstand übernommen. Die Akquisition neuer, externer Kunden im Umfeld der Partei sowie im Bereich der Non-Profit-Organisationen wird ab dem Jahr 2000 forciert.

7. Willy-Brandt-Haus / Umzug

Der reibungslose und innerhalb weniger Tage realisierte Kernumzug des Parteivorstands von Bonn nach Berlin im Juli 1999 war das Ergebnis eines sorgfältigen Planungsprozess, der sich über mehrere Monate erstreckte. Sämtliche Arbeitseinheiten des Erich-Ollenhauer-Hauses haben ihre Arbeit im Willy-Brandt-Haus aufgenommen bzw. sind in Bonn aufgelöst worden. Sowohl für die ausscheidenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie die Umziehenden konnten fast durchweg zufriedenstellende Lösungen gefunden werden auf der Grundlage eines bis 2003 gültigen Sozialplans, der in seinen Regelungen hinter vergleichbaren Vereinbarungen des öffentlichen Dienstes zurückbleibt. Dennoch belastet er den Parteivorstand mit erheblichen finanziellen Zusatzlasten.

Die volle Arbeitsfähigkeit in Berlin ist hergestellt. Zeitgleich laufen mit mehreren Interessenten Verhandlungen über einen Verkauf bzw. eine Vermietung des Erich-Ollenhauer-Hauses in Bonn.

Der Parteivorstand hat den Umzug genutzt, um umfangreiche und kostensparende Veränderungen in der Arbeitsorganisation vorzunehmen. Insbesondere ein Großteil der technischen Hausdienste wird zukünftig nicht mehr von Angestellten des Parteivorstands, sondern über die parteieigene "Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH", bzw. externe Anbieter realisiert.

Das Konzept des Willy-Brandt-Hauses sah von Beginn der ersten Bauplanungen an vor, dass das Haus keine "traditionelle" Parteizentrale sein sollte, sondern ein über die Grenzen der Partei hinaus offenes Haus. Entsprechend werden auch in Zukunft neben dem Parteivorstand, der vier der sechs Etagen belegt, andere Mieter im Haus arbeiten. Ebenso werden die vorbildlichen Veranstaltungs- und Kongressmöglichkeiten des Hauses an Drittnutzer vermietet. Die daraus zufließenden Einnahmen tragen zur Finanzierung des Hauses bei. Die Hauptlast der Finanzierung liegt jedoch beim Unternehmensbereich der Partei, dessen Erträge den größten Teil der langfristigen Hypotheken bedienen.

Schon jetzt hat sich das Willy-Brandt-Haus in Berlin als feste Größe etabliert. Dazu tragen der Tagungsbetrieb wie auch die kulturellen Veranstaltungen bei, die vom "Kulturforum" und vom "Freundeskreis Willy-Brandt-Haus" durchgeführt werden.

Jährlich besuchen bereits mehr als 50.000 Menschen das Haus. Mit dem Umzug des Parteivorstands wird sich diese Zahl nochmals erhöhen.